

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-293
Tel.-Wochens: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beilage und Einzelgenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2607

Erklärungen Breitscheids in Paris.

Für Ruhrräumung und Amnestie.

Paris, 21. Juni. (Eca.) „Deux“ veröffentlicht ein Interview mit Breitscheid, der bekanntlich dieser Tage eine lange Unterhaltung mit Herriot hatte. Er erklärt, er kenne Herriot seit zwei Jahren und habe ihn in Berlin gelegentlich seiner Reise nach Rußland gesehen. Seine jetzige Zusammenkunft mit ihm habe rein persönlichen Charakter. „Ich habe keinerlei offizielle oder offizielle Mission“, erklärte Breitscheid, „ich habe lediglich gewünscht, die Befanntheit zu erneuern“. Breitscheid erklärt, er sei davon überzeugt, daß

Herriot den besten Willen

habe und alles tun wolle, was in seiner Macht stehe, um den Frieden in Europa wiederherzustellen und eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen; er hoffe, daß Herriot stark genug sei, um diesen seinen Willen seiner Partei und seiner Regierung aufzuzwingen.

Auf die Frage, ob er eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland auf der Grundlage des Dawes-Berichts für möglich halte, antwortete Breitscheid: Ja, ich glaube, daß diese Einigung möglich ist. Deutschland hat den Dawes-Bericht durch Abstimmung des Reichstages vor einigen Tagen angenommen und die deutsche Regierung bereitet augenblicklich die Befehle zur Ausführung des Berichtes vor. Die anderen Regierungen haben den Sachverständigenbericht angenommen oder werden ihn noch annehmen. Wir haben also eine Grundlage für die Pazifizierung Europas. In dessen Falle ich in der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten einen Satz, der mir gefährlich erscheint, nämlich den über die Räumung des Ruhrgebietes.

Man wird in Deutschland den Sinn dieses Satzes nicht verstehen. Nach meiner Meinung werden alle Bürgschaften und Pfänder durch den Bericht der Sachverständigen gegeben, und wenn man noch andere wünscht, so würde das unannehmlich zu neuen Schwierigkeiten und Instimmigkeiten führen. Deutschland würde sagen: Man schlägt uns den Sachverständigenbericht vor, wir nehmen ihn an. Was will man noch mehr? Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß der Sachverständigenbericht nicht die Grundlage einer Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland darstellt, sondern die Grundlage der Ausöhnung von Europa. Hat Frankreich in diesem Falle das Recht zu sagen, wir wünschen andere Pfänder?

Auf eine Frage des Mitarbeiters des „Deux“ über die Militär-Kontroll-Kommission sagt Breitscheid: Soll dies eine letzte Kontrolle sein? Die alliierten Regierungen haben das formale Recht, die deutschen Rüstungen zu kontrollieren, aber man darf nicht vergessen, daß diese Kontrolle durch die alliierten Offiziere die öffentliche Meinung in Deutschland verletzt, die bereits durch alle verheerlichen Folgen des Krieges und durch die Ruhrbesetzung aufs höchste gereizt ist. Ist außerdem die Kontrolle

wirksam? Wenn in Deutschland Rüstungen betrieben werden, die durch den Versailler Vertrag nicht gestattet sind, so können, wie wir glauben, seine Rüstungen niemals genügen, um einen Krieg gegen Frankreich zu unternehmen. Sie sind

lediglich eine Gefahr für die deutschen Republikaner

und für die revolutionären Arbeiter. Es ist die Aufgabe der sozialistischen deutschen Arbeiter, diese heimlichen Rüstungen zu verhindern.

Außerdem hätte man früher schon einmal der deutschen Regierung offiziös versichert, es sei dies jetzt eine „letzte“ Kontrollmaßnahme, und man ist mit Recht erstaunt darüber, daß man nochmals kontrollieren will. Soll denn die Sache überhaupt nicht aufgehört? Aber gleichwohl, die deutsche Regierung hat noch keine Entscheidung über die Rolle der Militärkontrollen getroffen. Ich bin aber überzeugt davon, daß sie alles tun wird, um zu verhindern, daß die Frage der Kontrolle die Möglichkeiten einer Einigung, wie sie im Sachverständigenbericht gegeben ist, behindert.

Zur Sicherheitsfrage äußert Breitscheid: Ich glaube, daß

die beste Sicherheit für Frankreich in einer Politik der Verständigung zwischen beiden Ländern liegt. Wenn das deutsche Volk die Ueberzeugung hätte, daß Frankreich es nicht am Leben hindern will und keine Annexionspolitik betreibt, so würde es mehr und mehr dem Nationalismus und der Revanchepolitik entgegengetreten.

Auf die Einwendungen, daß die studentische Jugend von derartigen Ideen durchsetzt sei, sagte Breitscheid: Ja, aber dieser Nationalismus hat sensationellen Charakter. Er ist romantisch, und das verführt die Jugend. Wir Sozialisten treten ihm in Deutschland mit aller Macht entgegen. Sie können uns dabei helfen. Aber diese Vergiftung der öffentlichen Meinung erstreckt sich nicht auf das ganze deutsche Volk. Die Entscheidung über die Amnestie für die Befangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen hat bereits eine erfreuliche Entspannung herbeigeführt. Die französische Regierung muß in ihrer Begnadigungsmaßnahme großzügig sein. Die öffentliche Meinung in Deutschland erwartet, daß alle diejenigen befreit werden, die verurteilt oder ausgewiesen sind für Handlungen, an denen sie sich als deutsche Untertanen und als Patrioten verpflichtet glauben. Es ist eine rein psychologische Frage. Die öffentliche Meinung in Frankreich müsse dies doch verstehen. „Wer wollen versuchen, uns einander zu nähern, wir wollen versuchen, uns miteinander auszuöhnen.“

Weitere Besprechungen Breitscheids.

Paris, 21. Juni. (Eca.) Dr. Breitscheid setzte noch einige Tage seine privaten Besprechungen über die politische Lage mit führenden französischen Politikern fort. Er hatte gestern eine Aussprache mit dem Kammerpräsidenten Painlevé und will u. a. in den nächsten Tagen noch mit Briand und Loucheur zusammentreffen.

Herriot - Macdonald.

Einstweilen nur privater Meinungsaustausch.

London, 20. Juni. (WTB.) Reuter erfährt, daß über das Verhandeln eines genau ausgearbeiteten Planes für die Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald in Chequers nichts bekannt ist. Es verlautet, es sei das Hauptziel, die Meinungen zu klären, wie der Sachverständigenbericht zur Reparationsfrage möglichst schnell in Wirksamkeit gesetzt werden könnte. Diese Besprechungen werden noch als privat und formlos bezeichnet, doch könnte es möglich sein, daß bei Schluß der Zusammenkunft von Chequers eine amtliche Mitteilung ausgegeben wird, aber auch dies ist noch ungewiß. Es scheint also ziemlich klar zu sein, daß in dieser Angelegenheit noch nichts veröffentlicht werden kann.

Sochs fährt nach Berlin.

Wie Eca erfährt, wird der deutsche Botschafter in Paris Herr von Soch sich voraussichtlich nach Berlin begeben und dabei den maßgebenden amtlichen Stellen über die Lage, wie sie nach den französischen Neuwahlen sich gestaltet hat, Bericht erstatten.

Sturm in Elsaß-Lothringen.

Die reaktionäre Presse in Elsaß-Lothringen läßt Sturm gegen die Ankündigung Herriots, daß er die Befehle Elsaß-Lothringens der des übrigen Frankreich anpassen will. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Aufhebung der Sonderstellung der Kirche und religiösen Schulen. Es ist infolgedessen die paradoxale Lage entstanden, daß es die Elemente des Nationalen Bloks im Elsaß sind, die sich aus konfessionellen Gründen gegen die Französisierung der Provinz sträuben, obwohl gerade sie es sind, die am schärfsten gegen Deutschland behen und am lautesten ihre urfranzösische Gefinnung beteuern! Und die Pariser Nationalistenpresse, voran das „Echo de Paris“ macht sich dabei zu ihrem Sprachrohr.

Die Pariser Linkspresse hingegen, wie die Eca aus Paris meldet, verteidigt den Standpunkt der Regierung. Insbesondere tritt im „Quotidien“ der sozialistische Abgeordnete von Straßburg, George Weil, dessen Ausführungen bereits in der Kammer zu Zwischenfällen geführt haben, für die Aufhebung des „Ausnahmestandes“ längeren Artikel die Auffassung der Regierung wegen der Reichsregierung in Elsaß-Lothringen ein. Auch das „Deux“ verteidigt in einem Gebung. Sowohl im „Quotidien“ wie auch im „Deux“ wird an Hand der Wahlergebnisse nachgewiesen versucht, daß bei den letzten Wahlen keine absolute Mehrheit für die Auffassung des Bloc National vorhanden gewesen sei.

Die Arbeitskonferenz für den Achtstundentag

Genf, 20. Juni. (WTB.) Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz, die ursprünglich auf heute angesetzt war, wurde auf Montag verschoben. In dieser Sitzung

wird der französische Arbeitsminister Godard das Wort ergreifen und die Arbeitergruppe der Konferenz eine Entschließung über den Achtstundentag einbringen, über die sie sich nach längerer Beratung heute geeinigt hat. Die Resolution wird die Wahrung des Achtstundentages fordern, der in allen Ländern bedroht sei, wenn er in einem Lande aufgegeben werde, und die mit der Reparationsfrage betrauten Faktoren auf diese Gefahr aufmerksam machen.

Die Arbeit der Spezialausschüsse.

Genf, 20. Juni. (WTB.) Die sechs Ausschüsse der Internationalen Arbeitskonferenz haben seit gestern ihre einzelnen Arbeitsgebiete in Angriff genommen. Der Ausschuss für die Wochenruhe in Glashütten mit Wonnenden beschloß, daß keine Vorschläge der Konferenz in Form eines Abkommensentwurfs zu gehen sollen. Im Ausschuss über die Nachtarbeit in Bäckereibetrieben zeigen sich besonders scharfe Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber bestreiten, daß für die Arbeit der Meister und Befehrer die Arbeitsbedingungen des Vertrags zuständig seien, eine Auffassung, die sich auch bei der Behandlung der Glashüttenfrage äußerte. Im Ausschuss über die Arbeitslosenfrage steht ein Entschließungsantrag des Schweizerischen Arbeitnehmervertreters Schürch über die Zusammenhänge zwischen den Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Stabilisierung des Handels und dem Niveau der Lebenshaltung zur Behandlung. Der Ausschuss für die Verwendung der Freizeit der Arbeiter berät über Maßnahmen zur Verhinderung bezahlter Mehrarbeit in den Freistunden. Die Vorschläge dieses Ausschusses sollen in Form einer Empfehlung vor die Konferenz gelangen, dagegen will der Ausschuss für die Gleichstellung der in- und ausländischen Arbeiter bei Arbeitsunfällen keine Anträge als Abkommensentwurf vor die Versammlung bringen.

Die Treibereien gegen Scheidemann.

Eine sozialdemokratische Protestversammlung.

Cassel, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Cassel nahm gestern zu den reaktionären Treibereien gegen den Oberbürgermeister Stellung und beschloß einstimmig folgende Erklärung für Philipp Scheidemann:

„Die öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die in der Casseler Stadthalle am 20. Juni tagte, spricht dem Oberbürgermeister Philipp Scheidemann ihr volles Vertrauen aus. Sie verurteilt aufs schärfste die reaktionären Treibereien, deren Gegenstand der Oberbürgermeister als republikanischer Führer ist. Sie bittet den Oberbürgermeister, unbeirrt durch die Machenschaften der Steuer, Kreis und Konfession die Leitung der Stadtverwaltung weiter zu führen, im Interesse der Stadt und der gesamten werktätigen Bevölkerung.“

Bekämpfung der Krise.

Umstellung auf billige Produktion.

Immer stärker verdichten sich die Anzeichen eines Rückganges der industriellen und gewerblichen Konjunktur. An der Börse wurde er zuerst erkennbar. Hier brach das in der Inflation durch die Flucht in die Sachwerte künstlich hochgehaltene Gebäude der Aktienkurse bald nach der Stabilisierung zusammen. Die Rentenmarkinflation verhinderte zunächst ein Uebergreifen der Börsenkrise auf die Produktion. Der gewaltige Kreditstrom, der der Wirtschaft zufließt, belebte die Warennachfrage, verließ ihr sogar einen gewissen spekulativen Charakter, verhinderte den Preisabbau und stützte auf diese Weise den Warenmarkt mit nicht wesentlich anderen Mitteln, als es die Papiermarkinflation getan hatte. Seit der Einschränkung der Kredite der Reichsbank, also etwa seit zwei Monaten, staut diese künstlich geschaffene Konjunktur ab. Seit einigen Wochen verschärft sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt, die Zahl der Erwerbslosen nimmt zu, noch mehr die Kurzarbeit. Die Erwerbslosenstatistiken selbst geben über die Bewegung kein klares Bild; werden doch viele Arbeiter beschäftigungslos, ohne überhaupt in den Genuß der öffentlichen Unterstützung zu gelangen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Geldkrise bereits auf die Produktion übergegriffen hat und daß die Entwicklung sich mit jedem Tag zu verschärfen droht.

Für die vielen Tausend Arbeiterfamilien, bei denen jetzt wieder Elend und Not ihren Einzug halten, ist die Erklärung dieser Krise ein geringer Trost. Was nützt ihnen die Hoffnung, daß vielleicht nach Monaten wachsender Beschäftigungslosigkeit und wachsender Vereidung der Abstieg der Wirtschaftskurve wieder von einer Belebung abgelöst wird, die sich jetzt, nach der Stabilisierung der Mark, auf besserer, gesünderer Grundlage einstellen wird und damit die Vorbildung für dauerndere, geregelte Beschäftigung bringt? Die breiten Massen leiden noch immer unter den Folgewirkungen der Inflation, in der sie um den größten Teil ihres Arbeitsertrags betrogen wurden, um dann schließlich, als die Geldentwertung auf ihrem Höhepunkt angelangt war, der damals einsehenden Arbeitskrise preisgegeben zu sein. Die Unternehmer erwarben sich damals, im Herbst vorigen Jahres, das Ruhmesblatt, die allgemeine Not der Arbeiterschaft und den scharfen außenpolitischen Druck zu einem unerhörten rücksichtslosen Streich gegen alle sozialen Forderungen der Arbeiterschaft auszunutzen. Es scheint, daß man jetzt nicht anders vorgehen wird. Dafür sprechen nicht nur die Bestrebungen gewisser Unternehmerkreise zur Niedrighaltung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit, auch die ganze wirtschaftliche Einstellung des Unternehmertums zur Krise deutet darauf hin. Von dem so notwendigen Abbau der Rohstoffpreise ist nichts zu merken. Statt dessen arbeiten die Rohstoffindustrien bereits auf Betriebseinschränkungen und Stilllegungen hin, ohne daß auch nur ein dieser Werke infolge tatsächlicher Zahlungsunfähigkeit unter Geschäftsaufsicht gegangen oder zur Liquidation gezwungen gewesen wäre. Und das ist um so erstaunlicher, als man weiß, daß die technischen Produktionsvorrichtungen und damit die Herstellungskosten der einzelnen Betriebe ganz außerordentlich verschieden sind. Zur selben Zeit, wo der Stahlbund als Spitzenorganisation der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erklärt, nur noch mit einer künstlichen Einschränkung des Warenangebotes, also mit Produktionsbeschränkungen, die Preise in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten bringen zu können, verkennt das bestorganisierte Eisenwerk Deutschlands, die Ilse der Hütte, ihren Aktionären 60 Prozent ihres Stammkapitals in Gold durch Aufwertung ihrer Aktien! Allerdings hat dieses Unternehmen nicht die uninnige Expansionspolitik getrieben, die die Trustmagaten des Westens in der Inflation auszeichnete. Schroffer aber kann der Widerspruch in der Produktionsweise der verschiedenen Werke nicht zutage treten. Zugabe ist, daß insbesondere die Schwerindustrie im belebten Gebiet durch die Inzucht besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Eine derartig gewaltige Spanne zwischen Gewinnen eines gut organisierten Werkes jedoch und den angeblichen Herstellungskosten der kartellierten Eisenindustrie ist durch die Ricumverträge jedenfalls nicht zu erklären.

Eine Senkung der Rohstoffpreise aber ist geradezu Vorbedingung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen verarbeitenden Industrie am Weltmarkt und für die Wiederherstellung der Kaufkraftfähigkeit des inländischen Marktes. Sie läßt sich auch nicht durch irgendwelche Lohnkürzungen und andere Allerseitige Reize weit machen. Mit der Uebersteigerung der Rohstoffpreise sind nicht nur die in den Rohstoffindustrien beschäftigten Arbeiter bedroht, auch die Arbeitnehmer der verarbeitenden Industrie werden beschäftigungslos, wenn diese die hohen Kohlen- und Eisenpreise nicht mehr ausbringen kann, ohne die Preise für Fertigfabrikate über die durch die Kaufkraftfähigkeit des Marktes gesteckten Grenzen zu erhöhen. Anstatt sich nun mit aller Kraft auf die notwendige Preislenkung in der Rohstoffindustrie einzustellen, will man die Preise mit Hilfe von Stilllegungen künstlich hochhalten. Das ist das kapitalistische Mittel der Krisenbekämpfung.

Die gegenwärtige Krise ist auch ihrer ganzen Art nach bedingt durch die kapitalistische Wirtschaftsführung. Nach der Inflation trat das recht deutlich in Erscheinung. Der Produktionsapparat war übersättigt mit Produktionsmitteln, die nicht wirtschaftlich genug arbeiteten, um den an

lich dringenden Bedarf bei der erschöpften Kaufkraft der breiten Massen decken zu können. Sogar in Zeiten lebhafter Geschäftstätigkeit arbeitet z. B. die Textilindustrie nur mit 60 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit; nicht höher ist der Leistungsgrad in der Niederläufiger Braunkohlenindustrie, wo durch die herrschenden Syndikatsbestimmungen die billiger arbeitenden, gut organisierten Werke sogar außerstande sind, ihre volle Produktionskraft auszunutzen, weil sich in den veringerten Absatz die ganze Industrie teilen will. Die Textilindustrie ist zurzeit sogar nur mit 30 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit im Betrieb. Und so läßt sich das Bild beliebig erweitern. Um unwirtschaftliche Betriebe am Leben zu erhalten, überspannen die Syndikate und Kartelle die Preise. Eine wirklich billige Produktion, die auch bei der geschwächten Kaufkraft der breiten Massen auf einen gewissen Absatz im Inland rechnen kann, bestimmt durch den deutschen Export wesentlich steigern und den Einfuhrbedarf wesentlich einschränken könnte, ist bei dieser Wirtschaftsverfassung unmöglich. Nicht wenig wird auch die Kreditnot, unter der selbst viele leistungsfähige Firmen leiden, dadurch verschärft, daß man schwache Unternehmungen auf diese Weise künstlich am Leben erhält und so Arbeitskraft und Material in überverteuerter Produktion vergeudet, anstatt beide an solchen Punkten einzusetzen, wo intensivste Arbeit möglich ist.

Daß eine derartige Umorganisation der Produktion notwendig ist, liegt auf der Hand. Diese Notwendigkeit ist schon seit langem erkannt worden. Das Privatkapital aber hat sich dagegen gewehrt. Es hat alle Bemühungen der Sozialdemokratie, die Inflation rechtzeitig abzustoppen oder mindestens die Wirkungen des Marksturzes auf die Wirtschaft abzuwachen, mit größter Entschiedenheit bekämpft. Es hat so die gegenwärtige Desorganisation der Produktion, die begünstigt wurde durch die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt infolge der Valutablockade und durch die als Bräme für risikolose Spekulation in Sachwerten wirkenden Papiermarktdarlehen der Reichsbank gefördert oder zum mindesten gern geduldet. Um so verheerender muß jetzt in ihren Wirkungen die Krisenperiode sein. Schon geht die Zahl der Arbeitskräfte, die in völlig unproduktiver Weise von Banken und Händlerfirmen angezogen und nach der Stabilisierung der Mark als überflüssig wieder auf die Straße gemorfen werden, in die Hunderttausende. Man begreift unter diesen Umständen das starke Interesse der verlogenen reaktionären Propaganda, die der Sozialdemokratie unterstellt, sie habe die Inflation gewollt, während einwandfrei feststeht, daß es unsere Genossen in Regierung und Parlament gewesen sind, die von Anfang an die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches auf den Kampf gegen die Inflation eingestellt haben. Aber diese Propaganda wird zerfallen an der harten Wucht der Tatsachen, die nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden können und die einwandfrei dafür zeugen, wie sehr sich der Volk gegen jede Heranziehung zu Steuern gewehrt. Jede gemeinwirtschaftliche Bekämpfung der Inflation wird verhindert und damit die Krise herbeigeführt hat, die jetzt so schwer auf den breiten Massen lastet.

Um so mehr ist aber zu fordern, daß alle Mittel erschöpft werden, um die sozialen Auswirkungen der Krise zu mildern, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren, daß die Umstellung auf billige Produktion für die deutsche Volkswirtschaft unabwendbare Notwendigkeit ist. Hierzu gehört insbesondere eine fruchtgemäße Anwendung der Stilllegungsverordnung, eine Begünstigung der rationell arbeitenden Betriebe durch öffentliche Auftragserteilung, die Bereitstellung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung des Baumarktes mit gemeinwirtschaftlichen Geldmitteln. Die stärkste Bekämpfung der Krise aber wird erreicht werden durch die Zuleitung ausreichender Kredite an solche Unternehmungen, die ihre Produktionskraft durch die Inflation hindurch erhalten und gestärkt haben. Diese Mittel können — das ist auch die Auffassung der Reichsbank und zwar nicht nur ihres Präsidenten — nur vom Ausland herkommen. Aus diesem Grunde ist das

stärkste Mittel zur Bekämpfung der Krise eine baldige und möglichst weitgehende Regelung der Reparationsfrage. Dafür ist die Annahme des Dawes-Gutachtens und eine vernünftige Außenpolitik Voraussetzung. Die Sozialdemokratie vertritt so im besten Sinne auch jetzt die Interessen der durch verfehlte kapitalistische Wirtschaftspolitik in ihrer Existenz bedrohten Werktätigen, wenn sie die Annahme dieses Gutachtens und seine beschleunigte Durchführung zum führenden Gedanken ihrer Außenpolitik macht.

Die Zick-Zack-Linie.

Deutschnationaler und Sachverständigen-Gutachten.

Seitdem die Frage des Regierungseintritts den Deutschen nicht mehr hochaktuell ist, begeben sich die um Westarp zurück auf den Boden des bequemen Schlagwortes vom „zweiten Versailles“, der unbedingten Ablehnung der Sachverständigen-Gutachten. Auf dem Parteitag der Kreisgruppe Niederrhein in der Deutschnationalen Volkspartei hielt Graf Westarp eine längere Rede über die Politik, die die deutschnationalen Reichstagsfraktionen in der Frage der Regierungsabteilung und des Sachverständigen-Gutachtens bisher verfolgt hat. Dabei ging er auf die Frage „Industrie und Gutachten“ ein. Die „Deutsche Zeitung“ berichtet darüber:

„Bemerkenswert waren Ausführungen, die der Redner auf Antrag aus der Versammlung hin machte, ja auf die Frage, was der Parteivorstand getan habe, um auch weitere Kreise der Industrie für eine nationale Politik zu gewinnen, und wie er sich zu der „Deutschen Industriellen-Vereinigung“ stelle. Graf Westarp erklärte, daß die neue Vereinigung bisher nicht offiziell mit der Partei-Führung genommen habe, daß aber eine Verständigung über das tatsächliche Vorgehen nicht vonnöten sei, da ja die Industriellen-Vereinigung auch ohne dies die Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik in der Frage des Gutachtens halte.“

Die Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik soll also identisch sein mit der Linie der „Industriellen-Vereinigung“. Nun kann man von einer Linie der deutschnationalen Fraktionspolitik schwer sprechen. Das ist ein mannigfaltig gebrochenes, gekrümmtes und gedrehtes Gebilde. Aber die Linie der „Industriellen-Vereinigung“ ist klar: bedingungslose Ablehnung der Gutachten, die ein zweites Versailles darstellen.

Diese Linie hat die deutschnationalen Fraktionen bisher nicht eingenommen. Die Industriellen — namentlich aus dem besetzten Gebiet — haben von ihr um des Lebensinteresses der Wirtschaft willen wiederholt die Durchführung der Gutachten gefordert. Herr Hoersch, der auch zur deutschnationalen Fraktion gehört, hat schleunige Arbeit gefordert und sich auf die Forderungen der Wirtschaft gestützt.

Die Erklärung Westarps soll demnach eine neue Drehung der deutschnationalen Fraktionspolitik anzeigen: die Wendung zur Intransigenz in der Frage der Gutachten. Ob Westarp, indem er sich unter die Führung der Sans und Genossen begibt, an die bevorstehende Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Gutachten gedacht hat? Sind die „Industriellen-Vereinigung“ und die Hugenberg-Gruppe inzwischen eins geworden?

Was will der „Stahlhelm“?

Ein wertvolles Eingeständnis.

Der „Stahlhelm“ ist angeblich eine unpolitische Zusammenfassung ehemaliger Frontsoldaten, die sich Körperpflege und die Pflege des vaterländischen Gedankens zum Ziel legt. Wäre sie das, so ließe sich gegen die Vereinigung nichts einwenden. Aber wir haben bereits des öfteren darauf hinweisen können, daß der „Stahlhelm“ sich ganz andere Aufgaben gestellt hat als die im offiziellen Programm angegebenen. In diesem Zusammenhang mußte auch auf die Soldatenspielerlei des Stahlhelms aufmerksam gemacht werden, die — wie in Halle — wiederholt zu unliebsamen Weiterungen führte. Gerade diese Seite seiner Betätigung darf nicht aus dem Auge

verloren werden, da sie — z. B. in den Tagen vor dem Münchener Putsch — zu an PreSSIONEN grenzenden politischen Beeinflussungsversuchen geführt hat. Damals zog sich die Leitung des Stahlhelms, als die verschiedenen Versuche zwecks Errichtung der Diktatur mißglückt waren, auf den Standpunkt zurück, daß sie lediglich im Einverständnis mit jenen „nationalen“ Kreisen gehandelt habe, die ein Chaos in Deutschland vermeiden wollten, daß sie selbst aber keine politischen Ziele verfolgte. Für jeden, der Bescheid wußte, war es allerdings ein offenes Geheimnis, daß der Stahlhelm und seine Leitung unter dem Deckmantel der „nationalen“ Aufgaben ganz bestimmte politische Ziele auch weiter verfolgte. Der „Stahlhelm“ ist ein Kampfbund gegen die Republik, er ist das Sammelbecken jener, die die Wiedererrichtung der Monarchie beabsichtigen.

Eine wichtige Bestätigung dieser Tatsache findet man in einem Werbeblatt der „Deutschen Zeitung“, in dem neben Hindenburg, Dinter, Schlange-Schönungen auch der Führer des Stahlhelms Oberstleutnant a. D. v. Düsterberg mit einem Beitrag vertreten ist. Sein kurzer Wahrspruch lautet:

„Unser heiligstes Ziel ist die Befreiung und Einigung aller Deutschen in einem mächtigen, auf völkischer und sozialer Grundlage errichteten Kaiserreich.“

Dieses Ziel kann niemals eine Partei, sondern der Zusammenfluß aller national und völkisch gesinnten Deutschen erreichen.

Die Worte sind absolut eindeutig. Indem Düsterberg als Führer des Stahlhelms unterzeichnet und von „unserem“ Ziel spricht, unterstreicht er noch einmal, daß er damit die Ziele des Stahlhelms wiedergibt. Die Sicherheitsorgane der Republik haben also allen Anlaß, dem Stahlhelm und seiner Leitung scharf auf die Finger zu legen. Außenpolitische Rücksichten, die nur zu oft an falscher Stelle vorgeschoben werden, bestehen beim „Stahlhelm“, der sich ausdrücklich auf verfassungswidrige innenpolitische Ziele festlegt, auf keinen Fall.

Keine Militärwaffen für Verbände.

Nach der Meldung einer Lokal-Korr. hat das Reichswehrministerium jedes Verleihen von militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Dienstwaffen an Privatpersonen, Vereine, Bünde und dergleichen verboten. Da die Reichswehr kein Kostenvorgeschäft ist, spricht das Verbot nur Selbstverständliches aus.

Kommunisten und Gemeindevertretung.

Konflikt in Halle.

Halle a. S., 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Eröffnungsversammlung der halleischen Stadtverordneten haben die Kommunisten nach bekanntem Muster eine Erklärung abgegeben, in der sie ausdrücklich hervorheben, daß sie sich an keine anderen Gesetze und Vorschriften gebunden erachten als an die ihrer Auftraggeber, die kommunistische Partei und die in ihr vereinigten Wähler sowie aller hinter ihr stehenden Arbeitermassen, daß sie ferner die Stadtverordnetenversammlung lediglich als Tribüne im Klassenkampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter betrachten und sie zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats benutzen würde.“

Die ferneren Sektionen verliefen tumultuös. In der gestrigen Sitzung forderte daher der deutschnationalen Stadtverordneter neuzugewählte die kommunistischen Stadtverordneten zum Widerruf dieser Erklärung auf, da andernfalls sie den Ausschluss von der ferneren Teilnahme an den Sitzungen bis zum erfolgten Widerruf zu gewärtigen hätten. Die namentliche Aufforderung zum Widerruf verlief ergebnislos. Der bekannte kommunistische Abgeordnete Kilia, der „willenlosige Leiter“ der SPD, vermochte sich nur die Ausrufung abzurufen: „Ihr könnt uns den Dreck runterrutschen, von oben nach unten und von unten nach oben!“ Infolgedessen wurde mangels Widerrufs jeder einzelne kommunistische Stadtverordnete ausgeschlossen und die Fraktion zum Verlassen des Sitzungssaales aufgefordert. Infolge des entstehenden Tumults wurde die Sitzung geschlossen.

Die Danaidenarbeit der Frau.

Von Pola Landau.

Das Heim, dessen Türen vor der Frau weit aufsprangen und hinter denen eine neue Welt mit ihrem Wertgetriebe sie zu sich rief, umschließt sie von neuem mit seinen dichten Wänden. Zurückgeblieben wird sie durch die Rote der Zeit auf den Platz, von dem sie im Mittelalter ausging, dem Ehrenrecht der Hauswirtin, der Schaffnerin und Schaffnerin in den Räumen, der erhabenen Haushälterin ihres Gatten. Und während sie entwöhnt der großen Dienste sich zu den schweren Berrichtungen niederblüht, erlogt sie nicht nur meistens einen Verlust, der sie innerlich mehr erfüllt und ihrem Ansehen ein festeres Profil gab, — sondern sie leistet vor allem eine Arbeit, die deshalb die undankbarste ist, weil sie auch heute noch nicht genügend in ihrem Kräfteaufwand und Werte geschätzt wird.

Wirklich, der Achtundzestigste ist in diesem ursprünglichen Bereiche des Weibes nicht Wohltat geworden. Es gibt überhaupt keine Begrenzung ihrer Arbeitszeit wie in der Tätigkeit des Mannes, dem nach harter anhaltender Anstrengung doch die Ruhe völlig befreier Stunden gegönnt ist. Von früh bis abends ist die Frau im Hause in Bewegung, sie wird niemals vollkommen fertig, nie ist ihre Tätigkeit ganz vollendet, die zerstückelt und ununterbrochen durch kleine Hausen nicht an demselben Plage weitererschaffen kann. Diese Arbeit zerstreut sich durch alle Räume, läuft mit immer bewegten Füßen durch die Flure, von Küche zu Zimmer, Gänge, die ausgemessen ermattender als Märche sind. Diese Arbeit hat überall Augen, streift an den Wänden hoch, kriecht auf den Boden entlang und führt den ununterbrochen und täglich erneuten Kampf mit dem Staub, der so schwer auf den Dingen lastet. Ein Götterdienst, ein Sklavendienst der Dinge, ein ewiges Ringen mit der Materie, daß auch sie sich in Geist, den freundlichen Hauch des Heims verwandelt.

Und es liegt etwas tragisch Unfruchtbares in dieser Arbeit, die mitten in voller Tätigkeit unaufhörlich zerstört wird. Frauen sind wie die Danaiden, die endlos und vergeblich die durchlöchernten Krüge füllen müssen, das Wasser des täglichen Segens anzufangen, das ihnen immer wieder entrinnt. Da mühen sie sich mit sorgenschweren Händen, und die Spuren ihrer Mühe werden sofort verwischt. Da wird der Glanz eines Mittagsessens in einer halben Stunde niedergewaschen, nachdem der ganze Vormittag zu seiner Herbeiführung verwandt wurde. Da zerfällt jeden Abend die harmonische Ordnung der Zimmer, jeder Morgen zeigt die Bewältigung von Räumen, die wieder mit Einn und sichtbarer Sauberkeit zu beleben sind. Das Werk der Frau hier — und wie anders das Werk des Mannes —, samstags ist unendlich vielen kleinen Berrichtungen des Tages zusammengeführt, bleibt nicht stehen wie ein Bau, sondern zerbröckelt unter ihren Fingern. Das vollendete Werk dankt dem Manne, undankbar blüht das Werk im Hause die Frau an. Und etwas Dpfer-

volles, ja heroisches liegt in dieser Berrichtung, die wie die Mühe der Amazonen namenlos und ohne Triumph der sichtbaren persönlichen Schöpfung wirken muß.

Und dennoch, würde diese Arbeit eingestellt, so entstände Lärmung und Verwirrung wie in einer verlassenem Fabrik. Ein totenähnlicher Zustand. Die Dinge des Heims, gepflegt und verzärtelt wie Kinder, ständen bedrückt und verwahrloht im Wege. Unmühtlich würden sie erkranken, und da ihnen jedes Leben entzogen wäre, hätten sie nicht mehr die heilsame ausströmende Kraft auf die Bewohner der Räume. Denn von umhertrennten Dingen geht mehr lebendige Hitze und Stärkung aus als wir ahnen. Gerade heute, wo die Welt eine reißende Wildnis geworden ist und das Leben jeden, der aus dem Hauser tritt, wie eine Beute verschlingt, tragen die Menschen den Gedanken an ihr Zuhause wie einen festen Kristall im Blick. Welcher Widerpruch! Das Heim, das im Aufbau seiner vielen winzigen Teile täglich zerbröckelt wie ein Ameisenbau, bleibt doch das einzige Feste und Standhafte im Tumult allen Wirkens. Das sind die geheimen Ausstrahlungen der Frau, die durch die Dinge als Mittler sich unendlich fein und weit verzweigen. Das ist ihre ätherische unsichtbare Wirkung, die noch im Gemüht auf den Gesichtern ihrer Lieben haftet. Und dies sei der Frau unserer Notjahre, die zurück verbannt ist aus Weite in Enge, von der Tribüne des freien Platzes in die Kleinarbeit des Hauses, helle Gewißheit, daß doch keiner ihrer Handgriffe umsonst geschieht. Und Dank ist es schließlich, wenn sie trotz aller Zerstörung ihrer Danaidenarbeit plötzlich über das fröhliche Weiß des Lichts das Glanzlicht eines Säheins auf den Gesichtern aufleuchten sieht, das Unzerföhrliche von allem. Das sie geben kann: Seele.

Abschied von der Staatsoper.

Es war ein schmerzlicher Abschied. Denn eine im Ganzen und den Teilen bessere, feuriger, musikalischere Aufführung des „Rigoletto“ als gestern unter Kellers Leitung wurde in Berlin seit dem Krieg nicht gehört. Man merkte endlich einmal, was italienisches Tempo, was Sicherungen sind, man fühlte es an den ersten Takten des Vorspiels, an den feinen Schattierungen in den Chören, man spürte es selbst in Wavallüren der Festmäße, man erkannte, daß hier einer am Bult sah, der neben dem Fick und dem Handwerk auch das unerlernbare Stillgefühl mitbringt. Die Adasch-Schuppe ist endgültig vergessen. Regitative, Begleitungen frei gesungener, frei verzerrter Arie — wie sicher, wie vollendet war das alles! Auf der Bühne selber hat sich nichts Neues getan, um Stimmung in die Gruppen zu bringen. Das Düstere war in Licht, Ruff, vorhaltener Bewegung ebenso festgehalten wie das Weiche und Leichtfüßige. Das schillerndehafte Aufeinander-Schneben von Rigoletto und Sparafucile, das Juden von Gestalten im Gewitter des letzten Bildes, auch die Laune des Fanzibüdes waren registriert gefahrt. Man spürte überall die Hand und das wirksame Wort eines Regisseurs. Dirha u hatte neue Szenen gemalt, das erste Bild war mehr ausstellungsmäßig oder weihnachtlich, als von großem Geschmack, im

zweiten Schweben die Wendeln in der Luft und flüchten ohne Plastik an den Wänden des märchenhaft-erwünschten Rigoletto-Domizils. Ganz prachtvoll gelungen sind die beiden letzten Szenen, denen man auch bildlich schon Schicksalsbedeutung anmerkte. All das aber wäre noch kein Fest gewesen ohne die Verdi-Sänger. Hedwig Dehler, jüngst eine reizende Martha, jetzt eine erlebnisstarke Gilda, die ihre berühmte Koloraturarie nicht nur als Arie, nicht nur italienisch und flüchtig, sondern mit weiblih gehobener Empfindung singt. Sie ist eine wirkliche Bereicherung des Berliner Staatsoper-Ensembles; man halte sie fest (ebenfalls die lebenswürdige, höchst charmante musikalisch sichere Spielactrice Koeitrik). Rigoletto ist Schlußaus. Es ist seine durchdachte, seine größte, seine künstlerisch ausblutete Rolle. Seine Tragik greift ans Herz, mit jeder Miene, jedem Ton der Demut und der Rache. Seine Stimme ist vor edelstem deutschem Timbre, aber die Weidenschaft des Leidenden und Rächenden ist von südländischer Art. Schlußaus ist Mittelpunkt des Spiels, Hauptziel großer Ovationen. Oder er wäre es allein, wenn Gigli nicht den Herzog lange. Dieser Meisterstück hat sich nun freigegeben, mit Stimme, Herz, Spiel. Ohne Hemmung, mit leichter, guter Richtung nach dem Effekt zu, aber immer unter dem Befehl einer glücklichsten, eben, unerschütterlich schönen Tenorstimme, so singt dieser Lärker. Sein donna e mobile wird ein Kabinettstück, wie einst in Venedig zur Kraufführung im Jahre 1851. Drei Notverläufe ein herrlich begeistertes Publikum den Weltkrieger. Drei Mal schmeitert Gigli das hohe h heraus, drei Mal nuanciert er verschiedene Grundstimmungen. Lichtlein, Tascimita, Selbstparodie im tragischen Ernst. Ein Meisterstück des legeren Schöngangs, Carlos würdig. Und als ob man das Startium endgültig begraben wollte, übergibt man kleinere Partien erlangten Sängern; dem prachtvoll ausströmenden Bass Schors fällt der Graf von Montecarne. Dem scharf raturierenden Schöngang Spacofucile, der im italienischen nicht ganz seinen Branzell die Vertüherin Maddalena zu.

Eine festliche, feierliche, festgelegte Aufführung zum Abschied. Möge das ein guter Ausfall für den Winter werden!

Kurt Singer.

Ein Stiergefecht in der ewigen Stadt. Rom, das bereits die Kämpfe der Gladiatoren mit wilden Tieren sah, wird jetzt zum erstenmal in seiner vielwundendjährigen Geschichte einen richtigen Stierkampf erleben. Bei früheren Stierkämpfen waren die Stiere nicht getötet worden. Bei dem neuesten Stierkampf aber werden 11 ausgewählte Kriegerstiere, die aus Madrid gekommen sind, dem Säwette des Torahors zum Opfer fallen. Sie werden in dunklen Käfigen gehalten, um ihre Wut zu steigern, bis sie in die Arena hineingelassen werden.

Wie man sieht, schreitet die Kultur in Mussolini-Italien rüstig vorwärts.

Kranis-Vorträge. Idealer. Täglich 5, 7 u. 9 Uhr: Der Berg des Schicksals. — Verloren. Sonnt. Mitt. 8 Uhr, Mont. 8 Uhr: Von der Jagd zum Wagnern. — Dienst. 6 Uhr, Sonnt. 6, 7 Uhr: Das Verden des Menschen. — Sonnt. Dienst. Mitt. 6 Uhr, Mont. 6 Uhr, Sonnab. 8 Uhr: Mount Everest.

Gewerkschaftsbewegung

„Erwerbslosengelder für Ausbeuterunterstützung.“

Unter dieser knalligen Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne“ ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, in dem mitgeteilt wird, daß das Landesarbeitsamt der Stadt Berlin aus den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge einen Referatsfonds von 3.700.000 Rentenmark angehäuft und bei der Girokasse 1 der Stadt Berlin unter der Bedingung festgelegt habe, daß das Geld an Berliner Industriebetriebe ausgeteilt wird. Die Girozentrale der Stadt Berlin hat sich damit einverstanden erklärt, und mitgeteilt, daß das Geld in Teilbeträgen zu einem Zinsfuß von circa 2 1/2 Proz. pro Monat kurzfristig an Berliner Industriebetriebe ausgeteilt wird.

Nach den von uns eingezogenen Informationen ist es allerdings richtig, daß ein Referatsfonds angehäuft und zu dem angegebenen Zweck verwendet worden ist. Die Ansammlung eines so großen Referatsfonds erfolgt automatisch durch die niedrigen Unterstützungsätze, die hohen Beiträge, die Kürze der Unterstützungsdauer und vor allem durch die sprunghafte Besserung der Arbeitsmarktlage während der letzten Monate. Das Landesarbeitsamt Berlin hat jedoch auf Beschluß seines Verwaltungsausschusses bereits im Monat April anlässlich der Erhöhung der Beamtengehälter an das Reichsarbeitsministerium den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungsätze gestellt. Dieser Antrag ist bis heute noch nicht von den zuständigen Instanzen erledigt worden. Das ist eine sträfliche Nachlässigkeit, die nicht scharf genug gerügt werden kann. Außerdem hat das Landesarbeitsamt inzwischen den weiteren Antrag auf Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung gestellt. Weiter wird beabsichtigt, eine Herabsetzung der Beiträge von 1 1/2 auf 1 Proz. und eine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen durchzuführen.

Ob eine Herabsetzung der Beiträge durchaus zu empfehlen ist, können wir ohne die nötigen statistischen Unterlagen nicht ohne weiteres beantworten. Jedenfalls ist aber die Erhöhung der Unterstützungsätze eine dringende Notwendigkeit. Heute liegt es so, daß in Berlin die Armenunterstützung teilweise nicht unerheblich höher als die Erwerbslosengelderunterstützung ist! Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Die Arbeitslosen müssen durch die Erwerbslosengelderunterstützung mindestens in der Lage sein, ihre Arbeitskraft zu erhalten. Bei einer Unterstützung von 84 Pf. für einen ledigen volljährigen Erwerbslosen ist das ganz ausgeschlossen. Dem vor Monatsfrist gestellten Antrag des Landesarbeitsamts Berlin muß nun endlich stattgegeben werden.

Im übrigen ist der Kommentar der „Roten Fahne“ völlig abwegig. Das Landesarbeitsamt muß selbstverständlich einen Referatsfonds zur kurzfristigen Kredite an Berliner Industriebetriebe. Die gegenwärtige Krise ist bekanntlich eine Kreditkrise. Wenn das Landesarbeitsamt die vorhandenen Gelder in diesem Sinne nutzbringend anlegt, so handelt sie damit nicht so sehr im Interesse der Ausbeuter, wie die „Rote Fahne“ sagt, sondern vor allem auch im Interesse der Erwerbslosen.

Das Reichsverkehrsministerium dementiert sich.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgende Meldung: Zu der Presseerklärung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, daß der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft eine Streiklösung des Streikparagrafen aus ihrer Sitzung nicht verlangt habe, hören wir von zuständiger Seite: Der Reichsverkehrsminister hat von der Reichsgewerkschaft eine dem Standpunkte der

Reichsregierung entsprechende Forderung des § 2 ihrer Satzung (das ist zur Zeit der Streikparagraf) oder eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet, verlangt.

Damit stellt das Reichsverkehrsministerium fest, daß die von ihm nach vor Zustellung des Schreibens an die Reichsgewerkschaft verbreitete Meldung eine falsche Darstellung enthielt. In der von und wiedergegebenen Meldung der Reichsgewerkschaft wird das Schreiben des Reichsverkehrsministers wörtlich wiedergegeben. Aber ob Streikung oder Abänderung, in der Sache kommt es doch auf daselbe hinaus.

Zum Streik in den Herrenwäsche-Fabriken.

Am Donnerstag fanden sechs Bezirksversammlungen der Streikenden bzw. Ausgesperrten der Herrenwäschefabrikation statt, in denen Lehmann, Salewsky und Theillinger sprachen. Die Redner wiesen darauf hin, daß sich der größte Teil der Versammelten am Sonnabend in der vierten Streikwoche befindet. Einige Arbeitgeber versuchen, die Kolleginnen durch Redensarten abtrünnig zu machen. Ein nicht geringer Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes spricht seinen freitenden bzw. ausgesperrten Arbeitnehmern gegenüber ganz unvorhersehbar aus, daß man für eine Verständigung ist und geht so weit, auszusprechen, daß der Lohnkampf hätte vermieden werden können.

Die Streikenden und Ausgesperrten sind derselben Ansicht. Da aber bei den Arbeitgebern die Einsicht fehlt und vielleicht auch jetzt erst Bloß geworden hat, nachdem man mit einer Kompromißmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft gerechnet hatte, müssen die Arbeitgeber die Schuld an diesem Lohnkampfe schon für sich buchen. Es nützt nichts, daß man von einem unverantwortlichen Führer spricht. Die Führung des Arbeitgeberverbandes dürfte wohl wissen, daß der Streik die Billigung aller in Frage kommenden Instanzen des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes gefunden hat und von der Zentralleitung finanziert wird. Auch Arbeitsmangel ist nicht gegeben. Viele Firmen haben auf den verschiedenen Messen, die im April und Mai dieses Jahres stattfanden, für das dritte Quartal keine Bestellungen mehr entgegengenommen, da sie infolge der Ueberlastung der Betriebe nicht in der Lage waren, die Aufträge ausführen zu können.

Die Organisationsleitung wird alles anwenden, um die berechtigten Forderungen der Streikenden durchzusetzen. Im Konkurrenzort Bielefeld werden höhere Löhne gezahlt und die Verdienstmöglichkeit ist eine bessere als in Berlin. Auch die Berliner Arbeitgeber werden sich also zu Lohnzulagen bequemen müssen. Daß dem reaktionären Teil des Arbeitgeberverbandes daran liegt, die Organisation der Arbeitnehmer zu sprengen ist bekannt. Vielleicht tritt aber das Gegenteil ein; man denke hierbei an Bielefeld.

Die Haltung und Stimmung der Versammelten war muster-gültig und die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In einer Zeitschrift des Arbeitgeberverbandes, die vor allem gegen Genossen Salewsky polemisiert, wird zum Schluß gesagt, daß ein neuer Vermittlungsvorlauf der Behörden an dem Widerstand des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes scheitern würde. Diese Annahme ist falsch. Bei einem entsprechenden Entgegenkommen der Arbeitgeber wird der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband sich keinem behördlichen Vermittlungsvorlauf verschließen.

Die Friseur fordern die Sonntagsruhe.

In einer gemeinsamen Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Berliner Friseurgewerbes referierte Genosse Eckhorn über die Notwendigkeit der Sonntagsruhe in den Friseurgeschäften. Der Redner gab eine Uebersicht über die Entwicklung, die der Gedanke der Sonntagsruhe seit Jahrzehnten genommen hat. In der hand reichhaltigen Materials wies er nach, daß in den 150 Orten Deutschlands, in denen die Arbeit des

Sonntags ruft, von einer Schließung oder einem Stillstand des Gewerbes keine Rede sein könne. Hamburg zahle z. B. einen Lohn von 80 M. bei der längst eingeführten Betriebsruhe, während der Tariflohn der Gehilfen in Berlin nur 20 M. beträgt, obwohl die Arbeitgeber am Sonntag ihre Geschäfte offen halten. Die Berliner Gehilfenschaft fordert eine Reform, die den Meistern und ihren Familien ebenso zugute kommt wie den Gehilfen. Die Spitzenverbände beider Interessentengruppen haben sich längst für die Betriebsruhe am Sonntag ausgesprochen; fälschlicherweise erklärten aber die Behörden, daß sie von der Einführung der Sonntagsruhe einen Kundenverlust für das Gewerbe befürchten. Redner erklärte, daß durch die bis zu fünf Jahren zurückgehenden Erfahrungen an den Orten mit Sonntagsruhe diese Auffassung als unzureichend erwiesen sei, und forderte, daß Meister und Gehilfen bei den Behörden auf die Einführung der Sonntagsruhe dringen müssen.

In der Diskussion erklärte sich Obermeister Bracht vom Bund deutscher Haarformier für die Arbeitsruhe am Sonntag, forderte aber, daß dann auch jegliche Schwarzarbeit unterbleiben müsse. Obermeister Brandt von der Barbiere-, Friseur- und Perückenmacherinnung schloß sich gleichfalls der Gehilfenforderung an. Er will jedoch keine Regelung für Berlin gemäß § 41b G.D., sondern eine reichsgesetzliche Regelung für ganz Deutschland. Er begründet das damit, daß die in Berlin bestehenden 17 Annungen (bei etwa 2500 Geschäften!) in dieser Frage keinen einheitlichen Standpunkt einnehmen.

Bezeichnenderweise nahmen die Arbeitgeber die Ablehnung eines von ihnen gestellten Antrags auf Schluß der Aussprache zum Anlaß, unter Protest den Saal zu verlassen, ohne an der Abstimmung über eine Resolution teilzunehmen, gegen die sie vorher nichts einzuwenden gehabt hatten.

Eckhorn konnte in seinem Schlußwort unter der Zustimmung der Versammlung feststellen, daß es den Meistern mit ihren Zustimmungserklärungen nicht ernst gewesen ist und daß sie hier ein sie kennzeichnendes Theater aufgeführt hätten. Der Referent forderte die Anwesenden auf, für eine gute Organisation unter den Gehilfen zu sorgen, damit schließlich auch ohne die Mithilfe reaktionärer Innungsmeister herbeigeführt werden könne. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die ein ähnliches Vorgehen auf dem Wege von Antisagen auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen nach § 105e G.D. und § 41b G.D. fordert und die es die Berliner Bevölkerung appelliert, sich der Einsicht in die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Reform nicht zu verschließen.

Die Forderungen der Eisenbahner.

In der Bevollmächtigtenkonferenz in Liegnitz der Bezirke Oden, Breslau und Oberschlesien des Deutschen Eisenbahnerverbandes berichtete Breunig vom Hauptvorstand über die letzte Lohn- und Gehaltsbewegung der Eisenbahner. Nach einer zustimmenden Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Wir fordern ungeachtet des bisher Erzielten, 1. Durchsetzung der Bezahlung der 9. Arbeitsstunde als Ueberstunde; 2. weitgehendsten Abbau der Dienstbauervorschriften 1924; 3. Einführung von befristeten Pensionen für die Bau, gleich den übrigen Dienstzweigen; 4. Abänderung des Befoldungsdiätats vom 23. Mai 1924, insbesondere Wiederherstellung der im Befoldungsdiät April 1920 geschaffenen Spannung (1:2,6).

Die Konferenz stellt sich geschlossen hinter den Hauptvorstand und gelobt alles zu tun, um die Organisation gerüstet und zu jeder Zeit kampfbereit zu halten, um damit den Hauptvorstand in die Lage zu setzen, die gestellten Forderungen restlos durchzuführen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckhorn; Kunst: Dr. John Schönewitz; Sozialer und sonstiger: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brunnen-Verlagsanstalt und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Wilhelm Joseph

Schöneberg, Hauptstr. Ecke Groß-Görschenstr.

Kleider-Voiles bis 110 cm breit, neue Muster Meter 95 Pf.	Reinwooll-Cheviot 130 cm breit, in marine Meter 2 ⁹⁵	Voll-Frottés 100 cm breit, neue Streifen Meter 1 ⁹⁵	Gabardine Reine Wolle, 130 cm breit, viele Farben Meter 6 ⁸⁰
----------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------

Gewaltige Unterpriis-Angebote

Soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Keine minderwertigen Waren, sondern meine bewährten, ausgeprobten, guten Qualitäten stelle ich dem werten Publikum zum Verkauf. Meine Fensterauslagen sowie die hier angeführten Artikel bieten einen kleinen Auszug dieses sensationell billigen Verkaufs!

Zephir-Blusen verschiedene Streifen 2 ⁹⁵	Voal-Blusen mit farbigen Paspeln 2 ⁹⁵	Jabot-Blusen Vollwooll, mit langem Arm 5 ⁹⁵	Damen - Kleider Frotté und Musseline 5 ⁷⁵	Seid. Trikot-Kleid. verschiedene Farben 14 ⁵⁰
Kostüme Donegal u. reinwooll. Cheviot 12 ⁵⁰	Damen-Mäntel Donegal und Covercoat 7 ⁹⁵	Damen - Hemden guter Wäschestoff mit Hohlsaum 1 ⁶⁵	Dam. - Beinkleid. Knieform mit Hohlsaum 1 ⁶⁵	Untertailen mit Weiskord 95 Pf.
Hemdentuch 80 cm breit Mr. 58 Pf.	Renforce 60 cm breit Mr. 75 Pf.	Küchenhandtuch. mit roter Kante Stück 48 Pf.	Damen-Nachthemd. Schläpfer mit Hohlsaum 3 ⁹⁵	Prinzeß-Röcke mit Stickerei und Einsatz 3 ⁹⁵
Fertige Bezüge guter Wäschestoff 1 Deckbett 1 Kissen 8 ⁵⁰	Fertige Bezüge la. Linen 1 Deckbett 2 Kissen 11 ⁵⁰	Fertig. Bettlaken aus gutem Dowling 6 ⁴⁵	Büstenhalter 1 ²⁵	Damen-Strümpfe schwarz und lederfarbig 38 u. 48 Pf.
la Strickwolle 50 g 55 Pf.	Einsatz - Hemden für Herren 1 ⁸⁵	Badetücher Badelaken Bademäntel la. grosser Auswahl	Wiener Schürzen mit Trigor 1 ⁹⁵	Untertailen gestriekt, in weiß 68 Pf.
Steppdecken gute Füllung 120 x 12 ⁷⁵	Engl. Tüllgardinen Mr. 90 Pf.	Fenster-Garnituren elegant Tüll, Steilig 6 ⁹⁰	Tüllbettdecken einseitig 5 ⁷⁵	

Gardinen

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken

aus reiner Wolle in allen Farben, sowie **Blusen**

kaufen Sie am besten und billigsten **direkt vom Fabrikanten**
 Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf

Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Strumpfwaren u. Trikotagen

la. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei **Erich Schulz**
 Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 220 a. d. Weichselstraße.
 Vorzeiger dieses Inserats 8%, Rabatt.

CURT GEYER

DREI VERDERBER DEUTSCHLANDS

EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DEUTSCHLANDS UND DER REPARATIONSFRAGE VON 1920-1924

J. H. W. DIETZ NF. BERLIN

in Ganzleinen 4,- Mk., brosch. 2,50 Mk.

Zu beziehen durch:
 J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Lindenstraße 2, Laden